



Das Reichsbanner

Nr. 3

17. Jahrgang

März 1973

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Merket auf, ihr seid gewarnt!

Über eine Neuerscheinung, die Beweise für die Vorbereitung einer autoritären Lösung aufzeigt

Am 30. September schrieb Wolfgang Horlacher im Bayernkurier, Bundeskanzler Willy Brandt maße sich eine Rolle an, „die in der unseligsten Periode deutscher Geschichte ihren Ausdruck darin fand, daß das Volk deshalb zu Grunde zu gehen habe, weil es seinem bedeutendsten Führer nicht würdig sei“. Der Herausgeber des Blattes, F. J. Strauß, behauptete in einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung“ vom 7./8. Oktober, ein Vergleich Brandts mit Hitler sei „auch bei großzügigster Auslegung des Textes nicht herauszulesen“. Den Schlüssel zu solcher „Argumentation“ bietet Strauß selbst. Er scheint ein sehr persönliches Bedürfnis zu artikulieren, wenn er im Wahlkampf die „Wiederherstellung eines normalen Geisteszustandes“ fordert. Das Buch von Conrad Taler macht deutlich, daß Strauß mit diesem Bedürfnis nicht allein steht.

Conrad Taler: „Rechts, wo die Mitte ist. Der neue Nationalismus in der Bundesrepublik.“ Reihe Fischer. Fischer-Verlag Frankfurt 1972. S. 151. 8.— Mark.

Taler sieht ein zeitliches Zusammenfallen „der ersten größeren wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik im Jahre 1966“ mit dem Wiederwachen des Nationalismus, als dessen „bewegendes Element“ er den Antikommunismus bezeichnet. Zugleich begann Mitte der sechziger Jahre das Bestreben der drei westlichen Führungsmächte, ausgehend vom Status quo in Europa die ostwestliche Konfrontation abzubauen, und die Interessen der Bundesrepublik, die den Status quo verändern wollte, auseinanderzuklaffen. Symptomatisch war die Auseinandersetzung um den Atomwaffensperrvertrag, den Strauß „ein Versailles von kosmischen Ausmaßen“ nannte.

Taler zitiert den Bayerkurier, der Brandt vorhielt: „Und wieder wird es ein Sozialdemokrat sein, der einen verhängnisvollen Vertrag unterschreibt. Beim Versailler Vertrag spielte der SPD-Kanzler Bauer diese tragische Rolle (es war nicht Bauer, sondern Hermann Müller, zusammen mit dem Zentrumspolitiker Dr. Bell, Rez.). Jetzt ist Willy Brandt in seine Fußstapfen getreten.“ Talers Buch enthält ein erdrückendes Beweismaterial für die Tatsache, daß der von Strauß geführte rechte Flügel der Unionsparteien — und weitgehend auch die Springer-Pressen — sich einer Phrasologie bedient, die 1966 und 1967 vom damaligen CDU-Bundesinnenminister Lücke als Kriterium des Rechtsradikalismus bezeichnet wurde, zum Beispiel Kapitulationsgesinnung, Geist der Unterwerfung, Verrat an den Interessen Deutschlands, mangelnde Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus unter anderem.

Er zitiert Barzels Buch „Gesichtspunkte eines Deutschen“ aus dem Jahre 1968, worin Barzel vor den „fatalen Parolen“ warnt, mit denen „Gefühle und Leidenschaften“ erregt würden, „bis dem Argument kein Raum“ mehr bleibe, und worin Barzel Schlagworte wie „nationale Denkungsart“ oder „Ungeist der Unterwerfung“ anprangert. Sollte Dr. Barzel nicht gemerkt haben, welche beklemmende Übereinstimmung mittlerweile besteht zwischen den chauvinistischen Parolen der Weimarer Zeit, der NPD, des Deutschland-Magazin, des Bayernkurier und führender Persönlichkeiten der Unionsparteien?

Besondere Aufmerksamkeit verdient Talers Kapitel „Vorbereitung einer autoritären Lösung?“ Taler zitiert aus dem Buch „Deutschland droht die Anarchie“ von H.-J. Schoeps, aus dem „Die Welt“ im März 1972 unter anderem die Sätze abdruckte: „Da kein neuer General von Seeckt und kein Obristenkader bei uns zur Verfügung steht, wird vielen wohl als der einzig denkbare „starke Mann“, der solche Maßnahmen durchführen könnte, Franz Josef Strauß erscheinen.“

Und Mathias Walden schrieb in der Welt: „Wenn eines Tages von Rechtsaußen der Versuch unternommen werden sollte, uns mit dem „starken Mann“ zu beglücken, dann werden auch die Männer in der SPD nach den Ursachen zu fragen sein, die dem Programm von Godesberg selbst untreu werden.“ An anderer Stelle heißt es bei Taler: „Zum Mord an Rathenau schrieb der Rittergutsbesitzer Schlange-Schöningen, die Sozialdemokratie habe „durch die Revolution selbst den Boden für die Mordtat“ geschaffen.“ Die gleiche Verleumdung, die gleiche Perfidie der Verwechslung von Tätern und Opfern.

Taler meint, diejenigen, „gegen die das Ganze zielt“, seien „so von Tagesgeschäften in Anspruch genommen“, daß ihnen offenbar nicht bewußt wird, was sich da zusammengebraut“. Diese Kritik gilt wohl nur mit Einschränkungen. Herbert Wehner jedenfalls schrieb im Juni 1972 in der „Neuen Gesellschaft“ zu Straußens Wort vom Regierungswechsel als dem Beginn des Umsturzes: „Er braucht solche deftigen Behauptungen, um die innenpolitischen Gegner verteufeln, brandmarken und wie in Kesselschlachten vernichten zu können.“

Man braucht — wie der Schreiber dieser Zeilen — nicht in allen Punkten mit Taler übereinzustimmen. Als Fazit aber bleibt, für die Gutgläubigen in den Unionsparteien — sicher die große Mehrzahl — wie für die Ahnungslosen im Lager der Regierungsparteien: Discite moniti — merket auf, ihr seid gewarnt!

(aus VORWÄRTS, 2. 11. 1972)

Dr. Heinrich Sprenger

Zur Diskussion — Entwurf eines Grundsatzprogramms

Am 18. 2. 1973 beschlossen Delegierte der Ortsvereine **Bielefeld, Bonn, Bünde, Dortmund, Düsseldorf, Friedrich-Wilhelm-Hütte, Köln, Krefeld, Minden, Neuss, Örlinghausen, Paderborn und Siegburg** in Bielefeld folgenden Entwurf eines unsere Satzung **ergänzenden** und werbewirksamen Grundsatzprogramms des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Er wird hiermit zur Diskussion gestellt. Alle Ka-

meraden werden gebeten, möglichst detaillierte Stellungnahmen an die Redaktion zu richten. Dieser Entwurf erhebt keinen Anspruch auf Endgültigkeit; er bedarf der weiteren Klärung und Ergänzung, wobei besonders die zur Zeit im **Landesverband Bremen/Weser-Ems** und unter den dortigen **Jungrepublikanern** angestellten Überlegungen ihr angemessenes Gewicht finden sollten.

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten ist die westdeutsche Sektion eines in Zusammenarbeit mit europäischen antifaschistischen Widerstands- und Verfolgtenverbänden zu gründenden **Europäischen Demokratischen Schutzbundes**. dessen Aufgabe ist die aktive und grenzüberschreitende Verteidigung aller demokratischen und sozialen Errungenschaften in Europa, aller Gewerkschaften und aller demokratischen und Arbeiterparteien gegen alle Arten des Militarismus, der kapitalistisch-faschistischen-gaullistischen, klerikalen, konservativen und nationalistischen Reaktion.

Diese aktive Verteidigung ist nur möglich durch den sofortigen Kampf um den Ausbau der sozialen Demokratie und durch eine europäische Solidarität. Überall in Europa muß erkennbar gemacht werden, daß der aktuelle Faschismus keinerlei Formen aufweist, die an die Faschismen Hitlers und Mussolinis erinnern, sondern daß er „demokratisch“, „sozial“, „gaullistisch“, „christlich“ getarnt ist. Wir dürfen in unseren Reihen deshalb keine CSU-Freunde, Revanchisten, Revisionisten und Militaristen dulden! Im politischen Kampf propagieren und erstreben wir folgende Ziele:

1.) Innenpolitisch: Paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen, Bildung eines Bundeswirtschaftsrates mit dem Recht der Investitionskontrolle; Vergesellschaftung der Banken, der Grundstoff-, chemischen, pharmazeutischen und Rüstungsindustrie; Umweltschutz durch das Verursacherprinzip; Enteignung des Großgrundbesitzes, Begünstigung des bäuerlichen Genossenschaftswesens, Förderung biologischer Landwirtschaftsproduktion; integrierte Gesamtschulen und Gesamthochschulen; Bildung von Mieterräten; Redaktionsstatute, Trennung von Verlag und Redaktion, Landespresseräte; klassenloses Krankenhaus, kommunale Alten- und Pflegeheime, Polikliniken; Förderung der Nahverkehrsmittel, Ausbau der Bundesbahn; Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung der Zwangskirchensteuer; einheitliches öffentliches Dienstrecht, Abschaffung des Berufsbeamtentums; Einführung von Primärwahlen amerikanischen Stils und imperatives Mandat; Ergänzung der parlamentarischen Körperschaften durch Rätegremien;

die uneingeschränkte Durchsetzung und Verwirklichung der Grundgesetzartikel 1 bis 20 gegen eine nazistische Verfassungswirklichkeit in Verwaltung und Justiz und gegen die kapitalistisch-monopolistische Verfassungswirklichkeit in Gesellschaft und Volkswirtschaft; Arbeiterkontrolle.

2.) Außenpolitisch: Kurzfristig Einstellung der militärischen Zusammenarbeit der BRD mit den USA, solange der potentielle Kriegsverbrecher und Atombombenpolitiker Clements stellvertretender Verteidigungsminister der USA ist, sowie ein französischer oder norwegischer Status der BRD in der Nato; langfristig Austritt der BRD aus der Nato, gleichzeitig mit dem Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt; Souveränität eines aus direkten, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Europa-Parlaments über die Nationalstaaten und die Brüsseler Bürokratie; Umwandlung ganz Westeuropas einschließlich der iberischen Staaten in eine demokratisch-sozialistische Föderation von Arbeitnehmer-Republiken; aktive Unterstützung aller antikolonialistischer Freiheitsbewegungen in der „Dritten Welt“ durch die Bundesregierung; Annullierung aller internationalen „Verträge“ des Nazireiches von Anfang an unter Wahrung aller persönlicher Rechte und Ansprüche deutscher Staatsbürger.

3.) Verteidigungspolitisch: Kurzfristig Reduzierung der Bundeswehr um 100 000 Mann, langfristig auf 100 000 Mann; die Bundeswehr muß ein Wehrpflichtigenheer sein, um die Bildung einer antidemokratischen Offizierskaste zu verhindern; Wehrpflicht aller erwachsenen und gesunden Deutschen, Dauer 6 Monate; Umwandlung der Bundeswehr-Universitäten in integrierte Gesamthochschulen; bis zur erfolgten Umstrukturierung der Bundeswehr sollten alle deutschen Demokraten aktiv eventuell in Frankreich oder Italien unterdrückten Sozialisten und Demokraten jegliche Hilfe erweisen; zugleich erwarten die westdeutschen Demokraten und Sozialisten die gleiche Hilfe im Falle eines Militärputsches in der BRD.“

E. K.

Aus den Landesverbänden

Seit vergangendem Januar gibt der Landesverband Bremen/Weser-Ems seine eigene Zeitschrift heraus, die „REPUBLIKANISCHE RUNDSCHAU“. Sie soll vor allem der dortigen Jugendorganisation „JUNGREPUBLIKANER“ als Werbung dienen; sie wird vor und in den Betrieben Bremens, Bremerhavens, Nordniedersachsens und Schleswig-Holsteins, in denen JUNGREPUBLIKANER arbeiten, verteilt. Junge Arbeitnehmer sollen über die Ziele des Reichsbanners und bestimmte politische Probleme aufgeklärt werden. Die letzte Ausgabe beschäftigt sich in prononcierter Weise mit dem Vietnamkrieg, den Nürnberger Prozessen, unserer Nato-Mitgliedschaft und dem Bremer Beschluß von 1957, wonach das Tragen nazistischer Kriegsauszeichnungen mit der Mitgliedschaft im dortigen Reichsbanner bis heute unvereinbar ist. Neben einer Klärung des Begriffs „radikale Demokraten“ im positiven Sinne sind zwei Seiten den Jungrepublikanern, ihrer politischen Meinung und ihren Beziehungen zu den Jungsozialisten in Hannover und den Jungdemokraten in Bremen zur Verfügung gestellt. Die Jungrepublikaner werden in diesem Jahr eine Fahrt nach Polen machen. — Alle Landesverbände werden gebeten, ihren jungen Mitgliedern den Kontakt zu den Bremer JUNGREPUBLIKANERN zu erleichtern.

Anschrift: JUNGREPUBLIKANER im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18. Dies ist auch die Anschrift der Redaktion der „REPUBLIKANISCHEN RUNDSCHAU“.

RESOLUTION:

Vietnam, Nixon und wir

Die Welt hielt den Atem an, als der amerikanische Präsident Richard M. Nixon in der Weihnachtswochen befahl, das dichtbesiedelte Gebiet von Hanoi pausenlos von Bomben und als die Auswirkungen der amerikanischen Terrorangriffe bekannt wurden. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme verglich dieses jüngste Kriegsverbrechen im Verlaufe dieses langen und schmutzigen Krieges, dessen Opfer vor allem die Zivilbevölkerung — Männer, Frauen

und Kinder — ist, mit jenen Greuelthaten, wie sie von Nazis und Faschisten in Guernica, Oradour, Babi Jar, Lidice, Sharpville, Treblinka, und von den Stalinisten in Katyn und Budapest begangen worden waren. Er sprach damit auch vielen Deutschen aus dem Herzen. Wir stimmen ihm zu und erklären uns mit seinem und dem etwas später ausgesprochenen Protest von Bundesfinanzminister Helmut Schmidt an die Adresse der Amerikaner, hinter den sich inzwischen auch die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit stellte, ausdrücklich einverstanden.

Seither hat der amerikanische Präsident die Terrorangriffe gegen die Gebiete in Nordvietnam einstellen lassen. Ob nur vorübergehend, wird sich erst noch erweisen.

Kurz darauf aber wurde eine zweite Ungeheuerlichkeit bekannt. Der amerikanische Ölmillionär William P. Clements, den Nixon als stellvertretenden Verteidigungsminister ausersehen hat, schloß die Möglichkeit des Einsatzes von Atombomben in Vietnam nicht aus! Fast schlimmer noch als dieses zynische Gedankenspiel mit der Wahnsinnstat aber ist die Tatsache, daß dieser Mann weiterhin das Vertrauen des amerikanischen Präsidenten genießt.

Wir protestieren gegen seine Nominierung und fordern die Bundesregierung auf, jede Zusammenarbeit mit diesem unzumutbaren Manne in den NATO-Gremien abzulehnen. Die Gesprächspartnerchaft mit ihm würde die internationale Atmosphäre vergiften und die erfolversprechende Friedenspolitik der Bundesregierung im Osten und Westen sabotieren.

Wer den Einsatz von Atomwaffen auch nur erwägt, ist ein potentieller Kriegsverbrecher! Er und seinesgleichen sollten nach den moralischen Maßstäben beurteilt werden, die die Amerikaner und ihre damaligen Verbündeten 1946 bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg anwandten. Noch immer gilt das Wort: Wehret den Anfängern! Es ist nicht auf die Bundesrepublik und ihre Bürger beschränkt. Nur jene, die sich, auch als Angehörige anderer Nationen, zu ihm bekennen, können wir als unsere Freunde ansprechen.

Landesverband Bremen/Weser-Ems — wja.

Der Bundesvorstand teilt mit:

1. Resolution

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold begrüßte auf seiner Sitzung am 3. 2. 1973 in Frankfurt den endlichen Beginn des Waffenstillstandes in Vietnam. Er hofft, daß dieser der Anfang eines demokratischen Aufbaus des ruinierten Landes ist. Das Reichsbanner stimmt der Verurteilung der amerikanischen Kriegsverbrechen durch Ministerpräsident Palme zu und erklärt sich mit seinem und dem Protest Bundesminister Helmut Schmidts voll einverstanden. Das Reichsbanner protestiert gegen die Ernennung des Ölmillionärs Clements zum stellvertretenden US-Verteidigungsminister und bittet die Bundesregierung, jede Zusammenarbeit mit diesem unzumutbaren Mann in den NATO-Gremien abzulehnen. Die Partnerschaft mit ihm würde die internationale Atmosphäre vergiften und die Friedenspolitik der Bundesregierung sabotieren. Wer den Einsatz von Atomwaffen auch nur erwägt, ist ein potentieller Kriegsverbrecher. Er sollte nach den Maßstäben beurteilt werden, die bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg angewandt wurden. **Das Reichsbanner hält unter diesem Aspekt der Friedensgefährdung eine Politik der Auflösung der Militärblöcke in West- und Osteuropa für eine unumgängliche und schnell zu verwirklichende Notwendigkeit! Die Auflösung aller atomaren Waffenlager auf deutschem Boden und der Abbau der Bundeswehr um zunächst 100 000 Mann sollten eine Regierungsaufgabe dieser Legislaturperiode sein.** Leben und Glück der Menschen und der Aufbau einer sozialen Demokratie sind wichtiger als Prestige- und Machtfragen – in Vietnam wie in der Bundesrepublik!

2. Resolution

(betrifft Fälle Baab und Strippel, wird im April veröffentlicht.)

Steckbrief eines Verbrechers:

Heinrich BAAB, geb. 27. 7. 1908 in Ffm.-Bornheim

Besuch der Lanneschule Ffm. 1915
anschließend Günthersburgschule bis 1923
1923 als Maschinenschlosser-Lehrling bei Fa. Naxos-Union, Ffm.
1926 seine spätere Ehefrau in Eckenheim (Ffm.) kennengelernt
1927 im Hedderheimer Kupferwerk als Propellerbauer
1. 1. 1929 mit einer Schneiderin aus Eckenheim verlobt
5. 10. 1934 mit ihr in die Ehe
daraus zwei Söhne, 1936 (heute Ingenieur) und 1939 (heute Buchdrucker)
nach 1918 angeblich „Freie Turner Eckenheim“, Arbeiter Kraftfahr.
Bund „Solidarität“, Sozialistische Arbeiterjugend, Deutsche Metallarbeiterjugend (der Rezensent dieser Daten war einer der beiden Leiter und kennt ihn nicht); 1924-1926 Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Subjektive Aussagen!).

1932 NSBA-Polizei m. Nr. 1346664, SA-Polizeisturm, Presseamtsleiter NSDAP, 1940 von Gestapo zum SD, Polizeischule Treptow
Polizeimeister in Stettin; und 1932 zur Abt. Ia Präsidium Ffm.
1935 Polizeiobermeister
9. Juli 1937 durch Verfügung Himmlers (RESS) übernommen und ab 13. 7. verantwortlich in Ffm. übernommen.
1938 informiert in Bln.-Charlottenburg, 1940 KOASS und 1943 KSek. Einsatz Komm. in Wien 18. 8. 1939, Pressburg und Sillein.
Am 24. 8. 1939 in Zakopane und Neusandec mit 8 Gleichgesinnten tätig gewesen in Gorlice, Jaslo, Sanok, Sambor und Lemberg.
Später danach in Grodeck und bei einem Komm. in Nisko.
Beim Eintritt in Gestapo (er nennt es bescheidenweise „Stapo“) 13. 7. 1937 Abt. II F Lindenstraße, Ffm., Kartei
ab 1. 10. 1937 Abt. II B 1 Lindenstraße, Ffm., Kirchen und Sekten
ab 1. 8. 1938 Abt. II A 2 Lindenstraße, Ffm., KPD
ab 1. 4. 1941 Abt. II N Lindenstraße, Ffm., Nachrichten und Spitzel-einsatz
ab 1. 8. 1942 Abt. II B 2 Lindenstraße, Ffm., Judenreferat und Transportbegleitung.

Solche Einsätze mit Gestapo-Gabbusch, Fritz Nellen und Reinke. Gesteuerter Spitzeleinsatz mit Gestapo-Lud. Datz und Gruppeneinsatz Baab und Schott und Baab und Seuring.
Übernahme des jüdischen Heim Hermesweg Pfingsten 1943 und Transport mit den Verbrechern Gabbusch, Holland und Baab nach Theresienstadt, wo er auch den Vernichtungseinsatz sah.
Ein Russentransport nach Riga mit einem Pol.-Leutn., 10 Schupos und Baab.

Transport und Ablieferung vom Stalag Limburg nach Buchenwald in den „Pferdestall“.

Mai 1945 im Allgäu in franz. Kriesgefangenschaft.

11. 8. 1946 in westl. Thüringen entlassen.

Am 22. September 1947 vor Spruchkammer in Frankfurt,

am 23. September 1947 dort verhaftet.

Die Anklage wurde am 29. 12. 1950 zugestellt.

Die Schwurgerichtsverhandlung dauerte vom 6. 3. 50 - 5. 4. 50.

Die Zentrale Spruchkammer Frankfurt stufte ihn am 5. 2. 1953 (Akz. F/A 407655) als „Hauptschuldigen“ ein.

Das Schwurgericht, Akz. 11/51 KS 1/50 verurteilte ihn 1x lebenslang und 15 Jahre Zuchthaus.

55x Mittäter in Mord,

21x Mittäter in versuchtem Mord,

29x Täter in Körperverletzung im Amt,

1x Täter in Aussageerpressung,

22x Täter in Freiheitsberaubung.

Noch keine 15 Jahre Zuchthaus sind abgesessen, „lebenslang“ steht noch aus.

Verbrecher läuft seit dem 21. 12. 1972 ungestraft frei herum.

Was sagen Polen und was sagt die DDR?

Dies läßt man sich in einem Rechtsstaat bieten!

gez. Kurt Köhler

„Menschliches“ Weimar — „menschliche“ BRD!

Die Freilassung von politischen Gangstern, wie wir sie jetzt in den letzten Wochen mit Baab und Strippel erlebt haben, läßt nach Parallelen in der Geschichte suchen. Es gibt ihrer mehrere. In einem bestimmten Fall ist ein halbes Jahrhundert inzwischen ins Land gegangen und man sollte meinen, daß der politisch denkende Mensch aus diesen Vorgängen gelernt hat.

1. Das unruhige Jahr 1923 mit seinen politischen und wirtschaftlichen Mängeln brachte die Ruhrinvasion
2. den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen
3. den Hitlerputsch in Bayern
4. eine Wirtschaftskrise ohnegleichen
5. und die separatistische Bewegung im Rheinland, in der ein später deutscher Politiker eine ausgesprochen unglückliche Figur machte.

Der „Frankenführer“ Julius Streicher — der Judenhasser und Extremist aus Nürnberg — tritt mit seiner Deutschsozialen Partei der „Bewegung“ Hitlers bei und diesem schwillt der Kamm; und im

bayrischen Raum, der ideale Nährboden für politische Eskapaden, werden die Pläne zu einem gewaltsamen Umsturz geschmiedet.

Zur Popularisierung wird der „Völkische Beobachter“ am 2. 8. 1923 Tageszeitung und einen Monat später übernimmt der geistige Vater des „Mythos“, Alfred Rosenberg (10. 3. 23) die Hauptschriftleitung. Die „Arbeitsgemeinschaften vaterländischer Kampfverbände“, als viele kleine „Haufen“ ehemaliger existenzloser Soldaten, vereinigen sich mit den damals noch grauen SA-Leuten. Man kürt sich den Musterhauptmann der sagenumwobenen „Fliegerstaffel Richthofens“ Hermann Göring und dieser trifft eine Auslese, gibt ihr den Namen „Stabswache“ „seines Führers“ und empfiehlt sich als „Stoßtrupp Hitler“. Am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, provoziert man die erste größere Auseinandersetzung mit den auf dem Oberwiesenfeld zusammengekommenen, das Fest feiernde Arbeitern.

Dann kommt den Zerstörern der Weimarer Republik deren Erzfeind Frankreich ungewollt zur Hilfe. Der am 12. 8. 94 geborene Albert Leo Schlageter wird wegen Sabotage von den Franzosen stand-

rechtlich erschossen. In der Steigerung der nationalen Widerstände marschieren diese Einheiten Görings auf dem Königsplatz in München auf; und weil dieser 10. 6. 23 nicht die gewünschte Wirkung zeigt, nahm man am 15. 7. 23 anlässlich des Deutschen Turnfestes in München wieder Gelegenheit zur Provokation; und hier ging die Polizei ganz entschieden gegen die Zerstörer der Demokratie vor.

Auf einem sogenannten „Deutschen Tag“ in Nürnberg am 1. und 2. September fanden sich schon 70 000 Mann zusammen, und man nannte seine Einheiten jetzt „Kampfbund“. Weil ein „Deutscher Tag“ nicht ausreichte, arrangierte man am 30. 9. 23 noch einen solchen in Bayreuth; und gut eine Woche später machten die „Bürgerbräurebellen“ ihre Revolution, von dessen Ausgang ich voraussetze, daß er dem Leser bekannt.

Überraschende und fehleingesetzte Ermächtigungsgesetze hatten den Volksparteiler Gustav Stresemann außer Gefecht gesetzt und das erste Kabinett Wilhelm Marx (Zentrum) von 30. 11. 23 - 15. 1. 25 begann seine Arbeit. Der Jurist, Richter, Rheinländer und Katholik war gerade 60 Jahre. Der vormalige Senatspräsident am Kammergericht in Berlin war nicht gerade ein Genie, aber er verstand sein Handwerk, denn er war Parlamentarier seit einem Vierteljahrhundert. Nach einer langen Vorgeschichte, die aber in dieser aufgezeigten Entwicklung ihre Ursache hatte, wurde schließlich am 22. Februar 1924 das Reichsbanner gegründet und in Magdeburg mit seiner Zentrale in allen Ländern und in den Großstädten tätig.

General von Seeckt hatte unter dem militärischen Ausnahmezustand die kommunistische Partei, die Nationalsozialistische Partei und die norddeutsche Deutschvölkische Freiheitspartei verboten. Dieser 20. 11. 23 war der schwarze Tag für Stahlhelm, Wicking und Wehrwolf. Die Politiker drängten, und die Justiz ließ sich Zeit. Der Versager Herr von Kahr, und der Führer des Reichsheeres in Bayern, General von Lossow, hatten in Anbetracht des kommenden Hitler-Prozesses ihren Abschied genommen.

Am 26. Februar 1924 begann vor dem Volksgericht in München der Hochverratsprozeß gegen Hitler und Genossen. 10 Rädelsführer saßen auf der Anklagebank. Hitler, sein Vorbild General Ludendorff, Pöhner, Frick, Weber, Hauptmann Röhm, Brückner, Kriebel, ein Student Wagner und der Stiefsohn Ludendorffs: Pernet. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus „militärischen Gründen“ wurde wochenlang getagt. Hitler, Weber, Kriebel, Pöhner wurden wegen Hochverrat zu 5 Jahren Festung; Brückner, Röhm, Frick, Pernet und Wagner wegen Beihilfe zu 1 Jahr und 3 Monaten Festung verurteilt. Ludendorff wurde freigesprochen.

Die Haft von Frick, Röhm und Brückner wird aufgehoben. Ihnen wird, wie auch den auf freiem Fuß befindlichen Pernet und Wagner, eine Bewährungsfrist von 4 Jahren gewährt. Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird nach 6 Monaten Festungshaft für den Strafrest Bewährungsfrist gegeben.

6 der 10 Angeklagten blieben ohne Strafe, und drei von ihnen hatten nicht einmal Untersuchungshaft bis zum Ausgang des Prozesses. 4 Hauptschuldige kamen mit 6 Monaten Festung zuzüglich der Untersuchungshaft davon.

Die „Lebenslänglichen“ unserer Tage haben ähnliche Vorteile in Straflänge und in Straftat und man sollte aus dieser vor 5 Jahrzehnten abgelaufenen Geschichte lernen.

Selbst die Verhaltensweise Hitlers in Landsberg, die als politische Tätigkeit zu werten war, hatte keinen Einfluß auf die Bewährungsfrist und auch Hitler, Kriebel und Weber verbrachten im bayrischen Landsberg eine angenehme Haft mit allen erdenklichen Erleichterungen (auch da gibt es zur Jetztzeit Parallelen).

Ein schreiender Gegensatz war die Erschießung und die langjährigen Freiheitsstrafen anlässlich des roten Räteputsches. Kurz vor Weihnachten kam Hitler frei und – mit ihm aus dem Zuchthaus Ebrach, der wegen angeblichen Landesverrats unschuldig zu elf Jahren verurteilte Fechenbach. 2 Jahre und 4 Monate hatte dieser in Ebrach verbracht. Nie war die „Klassenjustiz“ deutlicher wie hier. Was damals wie vorsätzliche Rechtsbeugung aussah, wird heute mit Gutachten und Obergutachten kaschiert; es sind zarte Versuche von unbelehrbaren Juristen, diese Geschichte zu wiederholen.

Wenn man auch diesen beiden in Hessen bedienten politischen Mördern keine politische Zukunft geben möchte, darf man doch wohl sagen, man sollte den Anfängen wehren. Denn die Bezugnahme auf gleiche Fälle vor anderen Kammern deutet darauf hin, daß sich dieser Trend wie ein „roter Faden“ durch die Gerichte zieht. Was wie Menschlichkeit aussieht, und für den Fürsprecher einer gerechten Justiz auch eine solche ist, ist für den faschistischen Fanatiker eine Selbstverständlichkeit. So gesehen können wir zu diesen Fehlleistungen der heutigen Justiz nicht schweigen und müssen sie aufzeigen. Ob dies zu dem Frankfurter „Polizeieinheits-

prozeß 306“ oder zu den Fällen Baab und Stripfel ist. Und letzterer hätte ohnehin seinen Kopf verwirrt, denn die Militärärzter der Briten haben seine Kumpels erschossen. Stripfel lief frei herum und konnte nicht in Haft genommen werden. Die JAG Files 145 und 156 der Engländer, heute im Bundesarchiv in Koblenz den Deutschen zur Ansicht offen, zeugen von der Schwere der Verbrechen.

Kurt Köhler

Radio Hilversum (Holland):

Nach der Wahlniederlage ist es zwischen den Unionsparteien zu einem regelrechten Familienstreit gekommen. Es geht darum, wer in Zukunft die Vaterrolle spielen soll bzw. wer Vorsitzender der Gesamtfraktion wird. . . Was Strauß will, ist klar: Er will ein Aufgangbecken für alle konservativen Kräfte in der Bundesrepublik schaffen – eine Art NPD in gemäßigter Form. In der vergangenen Wahlkampagne hat Strauß bereits das Vokabular der Nationaldemokraten übernommen, so daß er von der äußersten Rechten willkommen geheißen wird. . . Strauß versucht auch jetzt wieder, die Opposition in die konservative Ecke zu drängen. Sein Ultimatum lautet, daß Barzel den Grundvertrag mit der DDR mißbilligen soll. Der eilig aus Rom zurückgekehrte kranke Barzel versuchte in einem Telefongespräch mit seinem Gegenspieler seine Politik zu verbessern, aber es sieht danach aus, daß er den Gipfelpunkt seiner politischen Karriere bereits überschritten hat.

Aktuelle Fragen an Radio Eriwan

Frage an Radio Eriwan: Halten Sie nicht auch Peter Boenisch für den bedeutendsten Glossenschreiber deutscher Sprache?

Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Vor allem, wenn Sie den Buchstaben „I“ weglassen.

Frage an Radio Eriwan: Hätte der Friedensnobelpreis 1972 nicht Axel Springer verliehen werden sollen?

Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Bekanntlich scheiterte die Verleihung nur daran, daß der Hamburger Verleger die Annahme des Preises davon abhängig machte, daß der Preis zusammen mit ihm auch dem verstorbenen Pressezaren Alfred Hugenberg verliehen würde.

Frage an Radio Eriwan: Ist es richtig, daß die Herren Hupka, Klaus-Dieter Schulz und Günter Müller aus Gewissensgründen die Partei gewechselt haben?

Radio Eriwan: Das ist im Prinzip durchaus richtig, vor allem dann, wenn zwischen gewissen Gründen und Gewissensgründen Übereinstimmung besteht.

Frage an Radio Eriwan: Glauben Sie, daß Strauß neuerdings darunter leidet, daß er einen Vogel hat?

Radio Eriwan: Im Prinzip nein. Aber mit Sicherheit leidet er darunter, daß er neuerdings einen Vogel gegen sich hat.

Frage an Radio Eriwan: Glauben Sie nicht auch, daß die Herren Schröder und Strauß aufrichtige, besonnene Politiker sind?

Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Jedenfalls ist Schröder so aufrichtig wie Strauß besonnen.

Frage an Radio Eriwan: Ist Hans Katzer ein guter Vertreter der Arbeitnehmerinteressen?

Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Hans Katzer ist für die Arbeitnehmer der beste Interessenvertreter, den die Arbeitgeber je hatten.

Richard Zimmermann (PPP)

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 3 – März 1973 – 17. Jahrgang – Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Müllendorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Stellvertretender Pressereferent und stellvertretender Redakteur

„Das Reichsbanner“: Walter Jansen, 23 Kronshagen/Kiel, Steindamm 1c, Telefon (04 31) 58 13 24

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfasseramen erschnenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.